

Sitzungsunterlagen

öffentliche/nicht öffentliche Sitzung
des Kreisausschusses

22.03.2023

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Niederschrift Kreisausschuss öffentlich 5

Anlage TOP 6_Sachstand Jugendberufsagenturen 19

Vorlagendokumente

TOP Ö 9.3 Tischvorlage: Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FDP und UWG/FW
RKN/Zentrum vom 10.03.2023 zum Thema "Qualifizierung für Inklusionsassistenten"

Tischvorlage 050/2523/XVII/2023 21

CDU, FDP,UWG_Zentrum -Antrag KreisAS - Inklusionsassistenz 050/2523/XVII/2023 23

TOP Ö 11.1 Tischvorlage: Antwortschreiben der Staatsministerin zur

Flüchtlingsunterbringung

Tischvorlage 32/2565/XVII/2023 25

Tischvorlage_Antwort Staatsministerin Unterbringung Flüchtlinge 32/2565/XVII/2023 27

Schreiben HVBs an BK Scholz 32/2565/XVII/2023 29

NIEDERSCHRIFT

über die **24.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XVII. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **22.03.2023**
Ort der Sitzung: NE, Zentrum, Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
www.rkn.nrw/TR818
Oberstraße 91, 41460 Neuss
Beginn der Sitzung: 15:00 Uhr
Ende der Sitzung: 15:50 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Frau Barbara Brand
3. Herr Bertram Graf von Nesselrode
4. Herr Wolfgang Wappenschmidt
5. Herr Thomas Welter

• SPD-Fraktion

6. Herr Udo Bartsch
7. Herr Rainer Thiel

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

8. Herr Elias Aaron Ackburally
9. Frau Angela Stein-Ulrich

• FDP-Fraktion

10. Herr Dirk Rosellen

- **Fraktion UWG-Freie Wählergemeinschaft Rhein-Kreis Neuss/
Deutsche Zentrumspartei**

11. Herr Carsten Thiel

- **AfD-Fraktion**

12. Herr Dirk Helmut Kranefuss

- **Verwaltung**

- 13. Herr Elmar Hennecke
- 14. Herr Benjamin Josephs
- 15. Herr Dezernent Gregor Küpper
- 16. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
- 17. Herr Dezernent Martin Stiller
- 18. Herr Marcus Temburg
- 19. Herr Dezernent Harald Vieten

- **Schriftführerin**

- 20. Frau Annika Böhm
- 21. Frau Janine Conrads
- 22. Frau Anna Hohn

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	5
2.1.	Mobilitätsausschuss am 24.01.2023.....	5
2.2.	Ausschuss Soziales und Wohnen am 07.02.2023.....	5
2.3.	Jugendhilfeausschuss vom 22.02.2023.....	6
2.4.	Sportausschuss am 27.02.2023	6
2.5.	Kulturausschuss am 06.03.2023	6
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften.....	6
3.1.	Gesundheitsausschuss am 08.02.2023	7
3.2.	Ausschuss für Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing am 23.02.2023.....	7
4.	Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Stand: Februar/März 2023 Vorlage: 61/2415/XVII/2023.....	7
5.	Regionalarbeit Stand: Februar/März 2023 Vorlage: 61/2413/XVII/2023	8
6.	Wirtschafts - und Beschäftigungsförderung (Stand März 2023) Vorlage: ZS5/2499/XVII/2023	8
7.	Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften Vorlage: 50/2489/XVII/2023	9
8.	COVID-19: Aktuelle Situation im Rhein-Kreis Neuss Vorlage: S5.2/2474/XVII/2023	9
9.	Anträge.....	10
9.1.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FDP und UWG/FW RKN/Zentrum vom 10.03.2023 zum Thema "Schnellmeldung der Ausschüsse" Vorlage: 010/2521/XVII/2023	10
9.2.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FDP und UWG/FW RKN/Zentrum vom 10.03.2023 zum Thema "Teilnahme am "Arbeitsgruppe Interkommunale Zusammenarbeit" Vorlage: ZS2/2522/XVII/2023.....	10
9.3.	Tischvorlage: Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FDP und UWG/FW RKN/Zentrum vom 10.03.2023 zum Thema "Qualifizierung für Inklusionsassistenten" Vorlage: 050/2523/XVII/2023	11
9.4.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FDP und UWG/FW RKN/Zentrum vom 10.03.2023 zum Thema "Koordinierende Rolle des Kreises bei der Einrichtung	

der Aufnahme des Betriebs der Schnellbuslinie X94" Vorlage: 61/2524/XVII/2023	11
10. Vorbesprechung der Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 29.03.2023 - öffentlicher Teil -	12
11. Mitteilungen	12
11.1. Tischvorlage: Antwortschreiben der Staatsministerin zur Flüchtlingsunterbringung Vorlage: 32/2565/XVII/2023	13
12. Anfragen	13
12.1. Anfrage der Kreistagsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.02.2023 zum Thema "Parkplätze" Vorlage: 65/2503/XVII/2023	13
13. Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle Vorlage: 010/2531/XVII/2023	13

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten wurden folgende Tischvorlagen zur Verfügung gestellt:

zu Top 2 Ö „Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse“	2.4 Jugendhilfeausschuss am 22.02.2023 2.5 Sportausschuss am 27.02.2023
zu Top 9 Ö „Anträge“	9.3 Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FDP und UWG/FW RKN/Zentrum vom 10.03.2023 zum Thema "Qualifizierung für Inklusionsassistenten" - Vorlage der Verwaltung ☒
zu Top 11 Ö „Mitteilungen“	11.1 Antwortschreiben der Staatsministerin zur Flüchtlingsunterbringung ☒
zu Top 6 NÖ „Auftragsvergaben“	6.3 Beschaffung von zehn vollelektrischen Kleinwagen sowie zwei vollelektrischen Mittelklassewagen für den Rhein-Kreis Neuss in zwei Losen

Die mit ☒ versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Mobilitätsausschuss am 24.01.2023

Protokoll:

Im Vorgriff auf den nächsten Mobilitätsausschuss teilte Dezernent Gregor Küpper mit, dass die Bezirksregierung mitgeteilt habe, dass der Rhein-Kreis Neuss im Rahmen des Klimaschutzgesetzes für die Anschlussstelle Delrath noch eine Klimafolgenabschätzung machen muss. Insbesondere gehe es darum, wie viele Treibhausgase die Maßnahme emittieren werde.

Auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Udo Bartsch bestätigte Dezernent Gregor Küpper, dass bei der Stellungnahme auch untersucht werde, welche Folgen es habe, wenn die Anschlussstelle nicht kommt.

KA/20230322/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Mobilitätsausschusses vom 24.01.2023 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.2. Ausschuss Soziales und Wohnen am 07.02.2023

Protokoll:

Beim Stabilitätspakt Soziales NRW gebe es noch keinen neuen Sachstand, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke auf Nachfrage von Kreistagsabgeordneten Udo Bartsch.

KA/20230322/Ö2.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Ausschusses für Soziales und Wohnen vom 07.02.2023 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.3. Jugendhilfeausschuss vom 22.02.2023

KA/20230322/Ö2.4

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses vom 22.02.2023 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.4. Sportausschuss am 27.02.2023

KA/20230322/Ö2.5

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Sportausschusses vom 27.02.2023 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.5. Kulturausschuss am 06.03.2023

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass der Aufsichtsrat und die Gesellschafterversammlung der Zukunftsagentur Rheinisches Revier am vergangenen Freitag dafür votiert haben, dass die Planungskosten für den Wildwasserpark in Dornmagen jetzt auch in das Förderprogramm des Strukturwandels aufgenommen werden.

KA/20230322/Ö2.6

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Kulturausschusses vom 06.03.2023 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Kenntnisnahme von Niederschriften

3.1. Gesundheitsausschuss am 08.02.2023

KA/20230322/Ö2.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Gesundheitsausschusses am 08.02.2023 zur Kenntnis.

3.2. Ausschuss für Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing am 23.02.2023

Protokoll:

KA/20230322/Ö3.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Ausschusses für Innovation, Digitalisierung und Standortmarketing am 23.02.2023 zur Kenntnis.

4. Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft

Stand: Februar/März 2023

Vorlage: 61/2415/XVII/2023

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke ergänzte, dass der Braunkohleausschuss und morgen voraussichtlich auch der Regionalrat zum Thema „Beteiligung der gewählten Gremien an der Aufstellung der Leitentscheidung“ einen Beschluss gefasst habe bzw. fassen werde.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel kritisiert die fehlende Beteiligung und den Umgang mit den Gremien. Dies sollte auch noch einmal im Regionalrat thematisiert werden.

Darüber hinaus machte Landrat Hans-Jürgen Petrauschke darauf aufmerksam, dass nach dem Wind-an-Land-Gesetz eine Änderung im LEP geben soll, wonach eine bestimmte Prozentzahl für die Windenergieanlagen in NRW vorgesehen werde. Offen sei aber bislang, welche Potenziale das LANUF ermittelt habe. Die Potentialstudie werde voraussichtlich erst im Mai bekannt gegeben.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel ergänzte, dass der Planungsraum Düsseldorf sehr viele Großstädte und Restriktionsflächen durch Infrastruktur (z.B. Flughäfen) habe. Dies führe dazu, dass der restliche Raum dadurch stärker betrachtet werde. Der Druck auf den Raum mit Windpotentialflächen sei daher deutlich größer sei, als in anderen Landesteilen.

KA/20230322/Ö4**Beschluss:**

Der Kreisausschuss berät die Vorlage und nimmt diese zur Kenntnis.

5. Regionalarbeit**Stand: Februar/März 2023****Vorlage: 61/2413/XVII/2023****Protokoll:**

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass am 08.05.2023 um 11.30 Uhr die Grundsteinlegung für den Konverter stattfinden soll.

KA/20230322/Ö5**Beschluss:**

Der Kreisausschuss berät die Vorlage und nimmt diese zur Kenntnis.

6. Wirtschafts - und Beschäftigungsförderung (Stand März 2023)**Vorlage: ZS5/2499/XVII/2023****Protokoll:**

Unter Bezugnahme auf Punkt 1 des Berichtes, wonach die hohe Anzahl an weiblichen Teilzeitfachkräften die Chance berge Arbeitsmarktpotential zu heben, erkundigte sich Kreistagsabgeordnete Barbara Brand nach geplanten Maßnahmen oder Pilotprojekten um diese Potenziale zu nutzen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies ergänzend darauf hin, dass allerdings ein Teil der Teilzeitbeschäftigten nicht an einer Vollzeitbeschäftigung interessiert seien.

Dezernent Tillmann Lonnes berichtete, dass sich für den Kurs zur PIA-Ausbildung bislang leider nur 3 Schülerinnen und Schüler angemeldet haben.

Zum Thema Jugendberufsagentur erkundigte sich Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt, ob es schon einen konkreten Zeitplan für die nächsten Schritte gebe. Außerdem bat er um Informationen dazu, ob in NRW die gesetzlichen Regelungen inzwischen so umgesetzt worden seien, dass die Daten der Schüler, die die Schule ohne Abschluss verlassen, vollumfänglich von den Schulen weitergegeben werden dürfen. Gegebenenfalls müsste das Land noch einmal darauf hingewiesen werden.

Nach seinen Informationen sei der § 120 Schulgesetz NRW noch nicht angepasst worden, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke. Man könne sich daher gerne noch einmal an die Schulministerin wenden. Nähere Informationen zum Thema Jugendberufsagentur werde man dem Protokoll beifügen (s. **Anlage**).

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erkundigte sich, ob es richtig sei, dass die Inanspruchnahme des Sabbatjahres steige.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass das Thema sehr individuell betrachtet werden müsse. Für manche Menschen sei dies eine gute Möglichkeit, wieder zu Kräften zu kommen. Richtig sei selbstverständlich, dass diese Personen dann auf dem Arbeitsmarkt fehlen.

KA/20230322/Ö6

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht zur Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand März 2023) zur Kenntnis.

7. Entwicklung der Kosten der Unterkunft und der Bedarfsgemeinschaften

Vorlage: 50/2489/XVII/2023

Protokoll:

Der Anstieg der monatlichen Kosten im Vergleich zum Vorjahr sei dadurch zu erklären, dass die Flüchtlinge aus der Ukraine direkt in das SGB II eingerechnet worden seien.

KA/20230322/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Entwicklung der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

8. COVID-19: Aktuelle Situation im Rhein-Kreis Neuss

Vorlage: S5.2/2474/XVII/2023

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke teilte mit, dass vorerst keine weitere Berichterstattung zur COVID-19 Situation erfolgen wird. Ab dem 23.03.2023 werde die bisherige Software zur Fallfassung, Sormas, nicht mehr technisch unterstützt. Die weitere Datenerfassung werde über Surfnat erfolgen. Erfreulicherweise gehe die Zahl der gemeldeten COVID-19-Fälle stark zurück.

Im Bericht seien im Kreisgebiet 784 Todesopfer in Folge einer Corona-Erkrankung genannt worden, so Kreistagsabgeordneter Dirk Kranefuss. Er erkundigte sich, ob auch die Zahl der Impfpflichtigen durch das Gesundheitsamt erfasst wurde. Gesundheitsminister Lauterbach habe mitgeteilt, dass es, gemessen an der Bevölkerungszahl in Deutschland etwa 1:10.000 Impfpflichtige gebe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass keine Impfpflichtigen im Kreisgebiet bekannt seien. Gesundheitsminister Lauterbach habe, seiner Auffassung nach, nicht von Impftoten, sondern von Impffolgen gesprochen.

Kreistagsabgeordneter Dirk Kranefuss merkte an, dass nicht mehr der Begriff „Todesopfer“ im Zusammenhang mit Corona verwendet werden sollte. Es sollte nur noch von „Toten“ gesprochen werden, da Corona keine Menschen umbringe, die Impfung jedoch schon.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass der Begriff „Todesopfer“ allgemein gängig sei.

9. Anträge

9.1. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FDP und UWG/FW RKN/Zentrum vom 10.03.2023 zum Thema "Schnellmeldung der Ausschüsse" Vorlage: 010/2521/XVII/2023

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erläuterte den Antrag.

Kreistagsabgeordneter Elias Ackburally fragte, mit welchem zusätzlichen Verwaltungsaufwand die Einführung verbunden sei. Grundsätzlich werde der Antrag begrüßt, da es bei den Protokollen teilweise zu Verzögerungen komme.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke merkte an, dass auch die Ausschussvorsitzenden in mancher Hinsicht an der Verzögerung der Protokolle beteiligt seien. Die Schnellmeldung des Ausschusses solle lediglich die Tagesordnungspunkte, Beschlüsse und Abstimmungsergebnisse beinhalten.

KA/20230322/Ö9.1

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, nach jedem getagten Ausschuss innerhalb einer Woche eine Schnellmeldung über die einzelnen Punkte der Tagesordnung den Mitgliedern des Ausschusses und den Geschäftsstellen zukommen zu lassen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9.2. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FDP und UWG/FW RKN/Zentrum vom 10.03.2023 zum Thema "Teilnahme am "Arbeitsgruppe Interkommunale Zusammenarbeit" Vorlage: ZS2/2522/XVII/2023

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erläuterte den Antrag.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke berichtete, in der vergangenen Wahlperiode habe die Arbeitsgruppe aus den Mitgliedern des Ältestenrates bestanden, die sich aber von anderen Fraktionsmitgliedern vertreten lassen konnten.

KA/20230322/Ö9.2**Beschluss:**

Die Verwaltung wird gebeten, die Arbeitsgruppe interkommunale Zusammenarbeit wieder ins Leben zu rufen. Alle Fraktionen sollen an der AG beteiligt werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9.3. Tischvorlage: Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FDP und UWG/FW RKN/Zentrum vom 10.03.2023 zum Thema "Qualifizierung für Inklusionsassistenten"

Vorlage: 050/2523/XVII/2023

Protokoll:

3.stellvertretende Landrätin Angela Stein-Ulrich fragte, an welche Bildungsinstitutionen für Erwachsene man herangetreten sei, um das Programm wiedereinzuführen

Die Verwaltung werde über die weiteren Schritte im Sozialausschuss informieren, so Landrat Hans-Jürgen Petrauschke.

KA/20230322/Ö9.3**Beschluss:**

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten die Verwaltung:

1. das Kursangebot „Qualifizierung für Inklusionsassistenten“ für Schüler/innen mit Behinderung wiedereinzurichten;
2. zugleich zu prüfen, mit welchem Kooperationspartner die Kurse wieder angeboten werden können.
3. dem Ausschuss für Soziales und Wohnen entsprechend zu informieren und das Ergebnis der Prüfung (Ziffer 2) vorzulegen;
4. zu prüfen, ob die Verwendung von Mitteln der Eingliederungshilfe die Kosten der Wiedereinrichtung des Kursangebotes decken kann.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

9.4. Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FDP und UWG/FW RKN/Zentrum vom 10.03.2023 zum Thema "Koordinierende Rolle des Kreises bei der Einrichtung der Aufnahme des Betriebs der Schnellbuslinie X94"

Vorlage: 61/2524/XVII/2023

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Heiner Cöllen erläuterte den Antrag.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass fünf Städte (Korschenbroich, Grevenbroich, Neuss, Dormagen, Köln), vier Aufgabenträger des ÖPNV (Rhein-Kreis Neuss,

Stadt Neuss, Stadt Dormagen, Stadt Köln) und zwei Verkehrsverbünde (VRR, go.rheinland) am Linienverlauf beteiligt sind. Da der Hauptteil die BVR-Linie betreffe, werde wahrscheinlich der BVR die Aufgabe auf Dauer übernehmen.

Kreistagsabgeordneter Hans Christian Markert befürwortete, dass für die Bürgerinnen und Bürger schnell ein Angebot geschaffen wird. Seine Fraktion begrüße die Unterstützung des gemeinschaftlichen Anliegens.

KA/20230322/Ö9.4

Beschluss:

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten die Verwaltung, voreingefordert der finanziellen Förderung durch das Land NRW die relevanten Akteure für die Einrichtung und den Betrieb der Schnellbuslinie X94 -Korschenbroich-Kapellen-Dormagen- zu identifizieren und gemeinsam mit diesen für die Umsetzung (Finanzaufwand, Linienführung, Fahrplangestaltung, Verkehrsunternehmen) Sorge zu tragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

10. Vorbesprechung der Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 29.03.2023 - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Zu Top 5

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass auf Wunsch des Kreistages vom 14.12.2022 die Änderungen für die Ermöglichung von hybriden und digitalen Sitzungen in der Hauptsatzung und Geschäftsordnung enthalten seien. Allerdings gebe es aktuell noch kein zertifiziertes System für die Durchführung hybrider und digitaler Sitzungen auf dem Markt, sodass keine zeitnahe Umsetzung möglich ist.

Zu Top 8.2

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke bat die Fraktionsvorsitzenden, sich im Vorfeld auf eine Redezeitbegrenzung der Haushaltsreden zu einigen.

KA/20230322/Ö10

Beschluss:

Der Kreisausschuss sprach Empfehlungen zu den Tagesordnungspunkten 3, 4, 5, 6, 7, 9, 10, 11, 12 und 13 aus.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

11. Mitteilungen

11.1. Tischvorlage: Antwortschreiben der Staatsministerin zur Flüchtlingsunterbringung

Vorlage: 32/2565/XVII/2023

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf das Antwortschreiben.

12. Anfragen

12.1. Anfrage der Kreistagsfraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 13.02.2023 zum Thema "Parkplätze"

Vorlage: 65/2503/XVII/2023

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die Antwort der Verwaltung.

13. Bericht der Verwaltung/ Beschlusskontrolle

Vorlage: 010/2531/XVII/2023

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke verwies auf die vorgelegte Übersicht.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 15:45 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Janine Conrads
Schriftführung

Sachstand „Jugendberufsagentur“

Am **08.03.2023 fand die Auftaktveranstaltung** zur Gründung einer Jugendberufsagentur für den Rhein-Kreis-Neuss unter dem Dach der Landesinitiative KAoA. Kein Abschluss ohne Anschluss im Gare du Neuss statt.

Unter dem Motto „Gemeinsam für die Zukunft – Für starke Jugendliche im Rhein-Kreis Neuss“ hatten der Kreisdirektor, die Geschäftsführerin des Jobcenters und der Vorsitzende der Agentur für Arbeit Mönchengladbach und den Rhein-Kreis-Neuss sowie der Leiterin der Kommunalen Koordinierungsstelle KAoA eingeladen, um Ihre Überlegungen für den Aufbau einer Jugendberufsagentur vorzustellen. Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen, Vertreter aus den Rechtskreisen des SGBII, SGBIII und SGBVIII sowie Netzwerkpartner, u.a. von IHK, HWK und Wirtschaft begrüßten ausdrücklich diese Initiative und erklärten uneingeschränkt ihre Bereitschaft, mit zu wirken. Die Veranstalter veranschaulichten ihre Idee einer JBA im Rhein-Kreis-Neuss anhand einer graphischen Darstellung. Ihnen war dabei wichtig zu betonen, dass es sich um einen Entwurf als Grundlage für einen sich anschließenden Austausch auch mit den Schulen handelt. Dieser soll nun in der Folge in den Regionen stattfinden und am Ende des Jahres zu einer gemeinsamen Kooperationsvereinbarung zur Gründung und Arbeitsweise im Rahmen einer gemeinsamen JBA führen.

Das Konzept verfolgt einen regionalstrategischen Ansatz und beschreibt die organisatorische Zusammenarbeit der übergangsrelevanten Rechtskreise in der Jugendberufsagentur. Dazu werden auch feste Formate zum gegenseitigen Austausch gehören.

Die originären Aufgaben der Rechtskreise und ihrer Organisationseinheiten werden hiervon unberührt bleiben. Verzahnung der Prozesse und ressourcenorientiertes Arbeiten sind dabei wichtige Aspekte.

Zeitschiene:

Ende 2023 Abschluss und Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung mit den Partnern, Gründung der Jugendberufsagentur

Terminplanung:

- 08. 03.2023 Auftaktveranstaltung
- bis Ende März: Nacharbeit der Fragen und Anregungen aus der Auftaktveranstaltung
- 03.04.2023 Treffen zur Abstimmung Protokoll und Vorbereitung der Gespräche/Arbeitstreffen in den Regionen
- April bis September 2023 Terminierung der Vor-Ort-Gespräche
- 03.05.2023 Vorstellung in der Hauptverwaltungsbeamtenkonferenz
- September bis Mitte November Abstimmungs- und Harmonisierungsprozess; Terminierung der Veranstaltung zur Unterzeichnung für Dezember
- Mitte November (46. KW) sollen die Einladungen verschickt werden

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 050/2523/XVII/2023

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.03.2023	öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FDP und UWG/FW RKN/Zentrum vom 10.03.2023 zum Thema "Qualifizierung für Inklusionsassistenten"

Sachverhalt:

Am 10.03.2023 beantragten die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum ein Kursangebot „Qualifizierung für Inklusionsassistenten“ für Schüler/innen mit Behinderung wieder einzurichten.

Für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen kann Eingliederungshilfe in Form von Inklusionsassistenten in Betracht kommen, sofern sie einen behinderungsbedingten Unterstützungsbedarf im Unterricht aufweisen, der nicht von Seiten der Schule gedeckt werden kann.

Bei den Inklusionsassistentinnen und Inklusionsassistenten handelt es sich in der Regel um Nicht-Fachkräfte, häufig um Studierende verschiedener pädagogischer Fachrichtungen, Bundesfreiwilligendienstlerinnen oder Bundesfreiwilligendienstler oder um junge Menschen, die ein freiwilliges soziales Jahr absolvieren.

Die zu leistende Unterstützung bezieht sich auf Aufgaben außerhalb des pädagogischen Bereichs, da eine Inklusionsassistentin keine Lerninhalte vermitteln darf.

Beispielhafte Aufgaben von Inklusionsassistenten:

- Assistenz bei der Fortbewegung in der Schule
- Assistenz bei der Nahrungsaufnahme
- Assistenz beim Toilettengang
- Assistenz beim An- und Ausziehen (Sportunterricht)
- Assistenz im sozialen Umgang/Miteinander
- Übergabe des Kindes vor und nach der Schule
- Pausen- und Ganztagsbegleitung

Da es sich bei den Inklusionsassistentinnen und Inklusionsassistenten grundsätzlich um pädagogisch nicht vorgebildetes Personal handelt, hat der Rhein-Kreis Neuss durchgeführt

vom Edith Stein Forum und Unterstützt von der Initiative gemeinsam leben & lernen e.V. (iggl e.V. Neuss) eine Qualifizierung für Inklusionsassistentinnen und –assistenten angeboten.

Das Edith-Stein Forum bietet die Qualifizierungskurse nicht mehr an.

Eine Wiedereinführung eines solchen Kursangebotes zur Qualifizierung der Assistentinnen und Assistenten wird aus fachlicher Sicht (Steuerkreis mit Vertretern aus Schule, Jugendämtern, Sozialämtern der Städte, Gemeinde und des Kreises) befürwortet.

Die Finanzierung ist aus Mitteln der Eingliederungshilfe möglich. Da auch die Verwaltung die Wiedereinführung beabsichtigt, sind entsprechende Mittel im Ansatz kalkuliert.

Die Verwaltung wird im nächsten Sozialausschuss über die weiteren Schritte informieren.

Anlagen:

CDU, FDP,UWG_Zentrum -Antrag KreisAS - Inklusionsassistentenz

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

An den
Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Oberstraße 91
41460 Neuss

10. März 2023

Antrag für die Sitzung des Kreisausschusses am 22. März 2023

Qualifizierung für Inklusionsassistenten

Sehr geehrter Herr Petrauschke

die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten Sie den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Kreisausschusses am 22. März 2023 zu setzen.

Antrag

Die Fraktionen von CDU, FDP und UWG/Freie Wähler-Zentrum bitten die Verwaltung:

1. das Kursangebot „Qualifizierung für Inklusionsassistenten“ für Schüler/innen mit Behinderung wieder einzurichten;
2. zugleich zu prüfen, mit welchem Kooperationspartner die Kurse wieder angeboten werden können.
3. dem Ausschuss für Soziales und Wohnen entsprechend zu informieren und das Ergebnis der Prüfung (Ziffer 2) vorzulegen;
4. zu prüfen, ob die Verwendung von Mitteln der Eingliederungshilfe die Kosten der Wiedereinrichtung des Kursangebotes decken kann.

Fraktionen im Kreistag des Rhein-Kreises Neuss

Begründung

Der Rhein-Kreis Neuss tritt seit Jahren als tatkräftiger Förderer inklusiver Maßnahmen für die gesellschaftliche Teilhabe aller Menschen im Kreisgebiet ein. Vielfältige Angebote und Projekte sorgen dafür, dass Inklusion gelebt werden kann.

Im schulischen Bereich besteht für Schüler/innen mit Behinderung nach wie vor die Wahlmöglichkeit, eine Förderschule oder eine Regelschule zu besuchen. In beiden Fällen sind die Schüler/innen häufig auf Unterstützung angewiesen. Seitens des Rhein-Kreises Neuss wurde hierzu im Zeitraum von 2015 bis 2020 bereits in Kooperation mit einem externen Träger und unter Nutzung von Landesmitteln ein Kursangebot „Qualifizierung zum Inklusionsassistenten“ angeboten.

Es wurden sowohl Einführungskurse als auch Fortbildungskurse durchgeführt. Seit dem Jahr 2021 werden diese Kurse nicht mehr angeboten. Der Bedarf ist nach unserer Auffassung gleichwohl unverändert gegeben und es sollte sichergestellt werden, dass für die betroffenen Schüler/innen – sei es in Förderschulen oder Grund- und weiterführenden Schulen – eine Inklusionsassistenz angeboten werden kann. Von dieser können und sollen Schüler/innen sowohl mit körperlicher wie auch mit geistiger Behinderung profitieren. Um den Bedarf sicher zu stellen, sollte die Ausbildung zur Inklusionsassistenz fortlaufend erfolgen, da stets auch mit einem Ausscheiden bereits tätiger Inklusionshelfer/innen zu rechnen ist.

Es ist unserer Meinung nach wichtig, eine Assistenz für Menschen mit Behinderung sicherzustellen, wenn diese notwendig ist, um an Bildungsangeboten teilnehmen zu können und sie auf diesem Wege eine Weiterentwicklung unterstützt oder gar gewährleistet werden kann.

Deshalb kommt der Prüfung der Wiederaufnahme des Angebotes zur „Qualifizierung von Inklusionsassistenten“ eine besondere Bedeutung zu. Sie soll dazu beitragen, dass der Bedarf an Inklusionsassistent/innen auch in Zukunft gedeckt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen



Sven Ladeck
Vorsitzender der
CDU-Fraktion
im Kreistag
des Rhein-Kreises Neuss



Dirk Rosellen
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion der
Freien Demokraten
im Rhein-Kreis Neuss



Carsten Thiel
Vorsitzender der
Kreistagsfraktion von
UWG/Freie Wähler-Zentrum
im Rhein-Kreis Neuss

2

CDU-Kreistagsfraktion ■ Münsterplatz 13a ■ 41460 Neuss
Telefon: 02131/718850 ■ Telefax: 02131/7188555 ■ E-Mail: fraktion@cdu-rheinkreisneuss.de
■ Internet: www.cdu-rheinkreisneuss.de

FDP-Kreistagsfraktion ■ Brauereistraße 13 ■ 41352 Korschenbroich
Telefon: 02161/8299860 ■ Telefax: 02161/8299861 ■ E-Mail: info@fdp-rkn.de
■ Internet: www.fdp-rkn.de

Kreistagsfraktion UWG/Freie Wähler-Zentrum ■ Am Hammerwerk 16 ■ 41515 Grevenbroich
Telefon: 02181/2131770 ■ Telefax: 02181/2131771
■ Internet: www.uwg-fw-zentrumspartei.de

Rhein-Kreis Neuss

Neuss/Grevenbroich, 17.03.2023

32 - Amt für Sicherheit u. Ordnung

**rhein
kreis
neuss**

Tischvorlage

Sitzungsvorlage-Nr. 32/2565/XVII/2023

Gremium	Sitzungstermin	Behandlung
Kreisausschuss	22.03.2023	öffentlich

Tagesordnungspunkt:**Antwortschreiben der Staatsministerin zur Flüchtlingsunterbringung****Anlagen:**

Schreiben HVBs an BK Scholz

Tischvorlage_Antwort Staatsministerin Unterbringung Flüchtlinge



Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

Landrat des Rhein-Kreises Neuss
Herrn Hans-Jürgen Petrauschke
Oberstraße 91
41460 Neuss

Sarah Ryglewski, MdB

Staatsministerin beim Bundeskanzler

HAUSANSCHRIFT

Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

POSTANSCHRIFT

11012 Berlin

TEL +49 30 18 400-2800

FAX +49 30 18 400-1860

sarah.ryglewski@bk.bund.de

Berlin, den 13. März 2023

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,

vielen Dank für Ihr Schreiben an Herrn Bundeskanzler Olaf Scholz.

Die großen Leistungen, die die Kommunen in den letzten Jahren bei der Wahrnehmung der vielen von Krisen getriebenen neuen Aufgaben erbracht haben, sind von herausragender Bedeutung für unsere Gesellschaft. Der Bundesregierung ist auch sehr bewusst, dass dies die Kommunen, aktuell auch vor dem Hintergrund der Unterbringung der aus der Ukraine, aber auch aus anderen Regionen Geflüchteten, vor besondere Herausforderungen stellt. Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat in Europa die größte Fluchtbewegung seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst.

Die Bundesregierung unterstützt die Länder und Kommunen bei der gesamtstaatlichen Aufgabe der Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen allein in diesem Jahr mit 2,75 Milliarden Euro – zusätzlich zur Unterstützung mit Bundesimmobilien bei der Unterbringung und den Sozialleistungen im Milliardenbereich für hilfebedürftige Geflüchtete aus der Ukraine, die der Bund ganz überwiegend übernimmt.

Der Bund prüft regelmäßig, welche weiteren Schritte möglich sind, um Länder und Kommunen in der aktuellen Situation zusätzlich zu unterstützen. Die für Migration und Kommunales zuständige Bundesministerin des Innern und für Heimat hat deshalb, wie Sie wissen, am 16. Februar 2023 Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Ländern und Kommunen zu einem Spitzengespräch über die Flüchtlingssituation in Deutschland geladen. Die wichtigsten Ergebnisse dieses Treffens sind:

Seite 2 von 2

Die Bundesregierung mobilisiert zusätzlichen Wohnraum und weitere Unterkünfte für Geflüchtete und sorgt in der Migrationspolitik für mehr Steuerung, Ordnung und mehr Rückführungen.

Durch einen besseren Zugang zu Integrationskursen sorgen wir für Integration von Anfang an. Ein digitales Migrations-Dashboard schafft darüber hinaus Transparenz für Länder und Kommunen über die aktuelle Migrationslage.

Des Weiteren wurden gemeinsame Arbeitsstrukturen von Bund, Ländern und Kommunen geschaffen, um die wichtigsten Themen weiter gemeinsam zu bearbeiten. Zu diesen wichtigen Themen gehören Unterbringung und Finanzierung, Entlastung der Ausländerbehörden und Verschlankung der Prozesse, Begrenzung irregulärer Migration, Rückführungen, Integration, Sprachkurse, Maßnahmen für Kitas, Schulen und den Arbeitsmarkt.

Mit freundlichen Grüßen



Sarah Ryglewski



Dormagen



Grevenbroich



Jüchen



Kaarst



Korschenbroich



Meerbusch



Neuss



Rommerskirchen



Rhein-Kreis Neuss

Herrn

Bundeskanzler
Olaf Scholz
Bundeskanzleramt
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

es sind weltweit und auch für uns im Land bewegende Zeiten mit vielen schwierigen Herausforderungen, von denen alle staatlichen Ebenen betroffen und von diesen derzeit zu bewältigen sind.

Die sicherlich größten aktuellen Aufgaben sind der Umgang und die Bewältigung der Folgen des rechtswidrigen Angriffskrieges Russlands gegen die Ukraine einerseits sowie der Klimaschutz andererseits. Uns ist bewusst, dass diese Themen Sie und die Bundesregierung bereits erheblich beschäftigen.

Gleichwohl erlauben wir uns, den Fokus auf ein weiteres Thema zu lenken, dass sich in den vergangenen Monaten sehr stark aufgebaut hat und das vor allem von kommunaler Seite zu bewältigen ist.

Nach einer großen Zuwanderung geflüchteter Menschen insbesondere in den Jahren 2015 bis 2017 verzeichnet unser Land seit fast einem Jahr erneut eine erheblich gestiegene und anhaltend große Zahl zu uns flüchtender Menschen. Dabei muss berücksichtigt werden, dass auch aus der Zeit von 2015 noch viele ausreisepflichtige Menschen in den Kommunen sind.

Wir verstehen es nicht nur als gesetzliche Aufgabe, sondern erachten es als selbstverständlich, vorrangig denjenigen, die vor Krieg flüchten müssen oder aus verschiedenen Gründen aus ihrer Heimat vertrieben werden, Schutz zu gewähren. Erfreulicherweise werden unsere Bemühungen von den Bürgerinnen und Bürgern unserer Kommunen bisher verständnisvoll mitgetragen.

Allerdings stößt diese Pflicht und das Selbstverständnis an Grenzen, wenn wir vor Ort nicht mehr in der Lage sind, alle zu uns geflüchteten Menschen unterzubringen und in der weiteren Zeit zu integrieren.

Wir blicken mit großer Sorge auf die Entwicklung der letzten Monate und befürchten eine erhebliche Belastungsprobe für die Gesellschaft, wenn wir weitere Sporthallen und andere öffentlichen Einrichtungen für längere Zeit oder gar dauerhaft für die Unterbringung in Anspruch nehmen müssen.

In der derzeitigen Geschwindigkeit können wir zudem keine weiteren Plätze in Schulen und Kindertageseinrichtungen schaffen, abgesehen davon, dass wir nicht mehr in der Lage sind, ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache als Voraussetzung für eine Integration zu vermitteln.

Die zuständigen Kolleginnen und Kollegen in den Sozial- und Ausländerbehörden tragen eine enorme Last – vor allem auch emotional und psychisch.

Und leider steigend: Nicht jeder, der zu uns kommt, verhält sich freundlich und angemessen.

Wir versuchen an allen Stellen der Aufgabe gerecht zu werden und tun unser Möglichstes, sehen aber, dass die gesamte Lage uns zunehmend überfordert.

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie sich die kommunalen Sorgen zu eigen machen würden, und sehen mit großer Erwartung dem von Ihnen angekündigten Flüchtlingsgipfel entgegen. Eine Beteiligung mit kommunalen Vertreterinnen und Vertretern aus der Praxis würden wir dabei sehr befürworten. Insbesondere erhoffen wir uns Antworten auf die Fragen, wie die Finanzierung der kommunalen Lasten endlich auskömmlich geregelt werden und zudem, wie der starke Zustrom gemindert werden kann bzw. wie Zugewanderte ohne Schutzanspruch wieder zurückkehren

sollen. Eine entsprechende Äußerung Ihrerseits in einem Interview haben wir mit großem Interesse zur Kenntnis genommen.

Nur Kommunen, die die ihnen obliegenden Aufgaben erfüllen können, sind die Grundlage für ein funktionierendes Gemeinwesen in unserem Land. Das muss das gemeinsame Interesse aller staatlichen Ebenen sein.

Für Ihren Einsatz in diesem Interesse danken wir sehr!

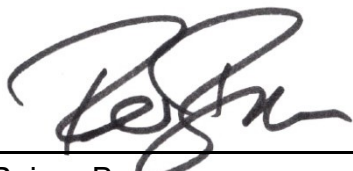
Mit ausgezeichneter Hochachtung



Ursula Baum
Bürgermeisterin Stadt Kaarst



Christian Bommers
Bürgermeister Stadt Meerbusch



Reiner Breuer
Bürgermeister Stadt Neuss



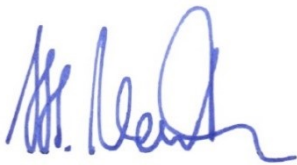
Klaus Krützen
Bürgermeister Stadt Grevenbroich



Erik Lierenfeld
Bürgermeister Stadt Dormagen



Dr. Martin Mertens
Bürgermeister Gemeinde Rommerskirchen



Marc Venten
Bürgermeister Stadt Korschenbroich



Harald Zillikens
Bürgermeister Stadt Jüchen



Landrat Rhein-Kreis Neuss

